



Danke!

Liebe Spenderin, lieber Spender,

2013 gab es auf der politischen Ebene auch Anlass zur Hoffnung: Friedensverhandlungen in Kolumbien, den Prozess gegen Ex-Diktator Ríos Montt in Guatemala, Prozesse vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen den kenianischen Präsidenten Uhuru Kenyatta und seinen Vize William Ruto, erneute Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung in Nepal und ein Gesetz zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen in Mexiko. AktivistInnen und soziale Bewegungen sind jedoch weiterhin von Verfolgung, Vertreibung und Kriminalisierung bedroht. Umso bemerkenswerter ist daher ihr Mut, sich von den Repressionen nicht einschüchtern zu lassen und unbeirrt ihre Arbeit fortzusetzen. „Ich bin vorsichtig optimistisch hinsichtlich der Friedensverhandlungen“, so

der kolumbianische Aktivist Abilio Peña von der Ökumenischen Kommission Justicia y Paz bei seinem Besuch in Deutschland. Und dies obwohl mehrere Mitarbeitende der Organisation 2013 Opfer von Übergriffen geworden sind. pbi wird sich daher weiterhin für MenschenrechtsverteidigerInnen einsetzen.

An dieser Stelle möchten wir Ihnen auch im Namen aller pbi-Aktiven sehr herzlich für Ihre Unterstützung danken. Mit Ihrer Spende haben Sie es uns ermöglicht, MenschenrechtsverteidigerInnen und soziale AktivistInnen in Krisenregionen zu begleiten und zu schützen. Im Folgenden geben wir Ihnen einen Überblick, was Ihre Spende im vergangenen Jahr bewegt und bewirkt hat.

Alex Klüken
Koordinator pbi Deutschland

Internationale Projekte

Guatemala

► **In Guatemala war das Jahr 2013 von dem Prozess gegen den Ex-Diktator José Efraín Ríos Montt geprägt.** Er wurde im Mai zu 80 Jahren Haftstrafe wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt. Ein historisches Ereignis, denn nie zuvor wurde ein Staatsoberhaupt durch die Justiz des eigenen Landes wegen solcher Verbrechen strafrechtlich belangt. Kurz darauf wurde das Urteil gegen Ríos Montt jedoch durch den Verfassungsgerichtshof des Landes wegen Verfahrensfehlern wieder aufgehoben. Der Prozess muss nun neu aufgerollt werden. Der Anwalt Edgar Pérez vertritt in dem Verfahren die Opfer und ist eine der Schlüsselfiguren in den Bemühungen um eine Beendigung der Straflosigkeit in Guatemala. pbi hat ihn im vergangenen Jahr deswegen intensiv begleitet.

Darüber hinaus waren vor allem Konflikte um Landrechte und Vertreibung sowie Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit Megaprojekten Gründe für die Bedrohung von guatemaltekischen MenschenrechtsverteidigerInnen.

Von der deutschen Ländergruppe wurden Johannes Stiebitz, Jacqueline Bartsch, Felix Weiß, Melanie Rücker als Freiwillige sowie Silvia Weber als Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) nach Guatemala entsendet.

Kolumbien

► **Trotz laufender Friedensverhandlungen hat sich in Kolumbien der bewaffnete Konflikt zwischen Guerillagruppen, Paramilitärs und regulären Streitkräften im vergangenen Jahr fortgesetzt.** Immer wieder gerät dabei die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten und leidet unter gravierenden Menschenrechtsverletzungen.

Es gab zahlreiche Initiativen aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung des Friedensprozesses. In regionalen Foren wurden Forderungen an die VerhandlungsführerInnen in Havanna erarbeitet. Anfang April

demonstrierten eine Million KolumbianerInnen für den Frieden. Bisher wurden in den Friedensverhandlungen lediglich Teilergebnisse erzielt. Ungeachtet dessen kam es weiterhin zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Das Kolumbienprojekt erstellte Fotoberichte und Videos, die im Internet auf der Seite des Projektes in englischer und spanischer Sprache veröffentlicht sind.

Aus Deutschland waren Moritz Hartnagel, Patricia Goethe, Bianca Bauer, Daniel Barrera, Guido Cenni, Maria Luisa Ferraiuolo als ZFD-Friedensfachkräfte sowie Miriam Heins und Stephan Kroener als Freiwillige im Kolumbienprojekt.

Mexiko

► **Im Oktober 2013 musste sich Mexiko dem allgemeinen Prüfverfahren vor dem UN-Menschenrechtsrat unterziehen.** Die mexikanische Regierung wurde aufgefordert, das Gesetz zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen, das seit 2012 in Kraft ist, umzusetzen. Denn auch unter der Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto sind AktivistInnen in Mexiko Drohungen, willkürlichen Verhaftungen, Mord und gewaltsamem Verschwindenlassen ausgesetzt. Das pbi-Mexikoprojekt hat angesichts der hohen Sicherheitsrisiken für AktivistInnen seine Arbeit 2013 auf die Bundesstaaten Chihuahua und Coahuila ausgeweitet. Nach UN-Angaben zählen die beiden Bundesstaaten zu den gefährlichsten Regionen in Mexiko. Doch auch in Oaxaca werden MenschenrechtsverteidigerInnen bedroht und angegriffen. Insbesondere AktivistInnen, die bei der Planung von Megaprojekten die Berücksichtigung der Rechte der indigenen Gemeinden einfordern, sind davon betroffen.

Über die deutsche Ländergruppe waren Rubens da Silva und Ben Leather als ZFD-Kräfte sowie Jannika Röminger als Freiwillige im Einsatz.



Honduras

► **Die Menschenrechtslage in Honduras hat sich 2013 mit einem Anstieg der Gewalt und der weit verbreiteten Straflosigkeit verschlechtert.** Nach Berichten von Amnesty International ist besonders problematisch, dass Polizei und Armee selbst zur Zunahme der Gewalt beitragen, sich aber praktisch nie für ihre Übergriffe verantworten müssen.

Im November 2013 fanden die ersten Präsidentschaftswahlen nach dem Putsch 2009 statt, aus denen die konservative Nationale Partei als Sieger hervorging. Die Wahlen wurden überschattet von Drohungen, Übergriffen und Morden an Oppositionellen. Das Ergebnis wurde von der Opposition aufgrund mutmaßlicher Unregelmäßigkeiten und Wahlfälschung angezweifelt. MenschenrechtsaktivistInnen beobachteten mit großer Sorge, dass im Vorfeld der Wahlen Menschenrechtsorganisationen und ihre Arbeit öffentlich diffamiert wurden. Friedliche Proteste gegen Megaprojekte, etwa der Gemeinden in Río Blanco, die sich gegen den Bau eines Wasserkraftwerks am Gualcarque-Fluss zur Wehr setzen, werden kriminalisiert.

pbi hat 2013 mit der Arbeit in Honduras begonnen und ein erstes Team von Freiwilligen ist im September ausgereist, unter denen auch Sarah Fritsch aus Deutschland ist. Ziel ist es, 2014 die Begleitarbeit aufzunehmen.

Kenia

► **Die mit Spannung erwarteten Wahlen im März verliefen überwiegend friedlich.** Ihr Ausgang war jedoch äußerst umstritten. Nachdem Klagen gegen das offizielle Ergebnis vor dem höchsten Gerichtshof abgewiesen wurden, stand Uhuru Kenyatta als neuer Präsident fest. Genau wie sein Vize William Ruto ist Kenyatta beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag als Drahtzieher der Gewalt nach den Wahlen 2007 angeklagt. MenschenrechtsverteidigerInnen, die mit dem Gerichtshof kooperierten, sowie ZeugInnen wurden bedroht.

Ebenso kam es zu außergerichtlichen Hinrichtungen seitens der Sicherheitskräfte, insbesondere im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terror“, der nach dem Anschlag auf das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi im September verstärkt wurde.

2013 hat das erste pbi-Team in Kenia seine Arbeit aufgenommen. Landrechte und Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei stehen im Mittelpunkt des Keniaprojekts. Dabei wird die besondere Rolle von weiblichen Menschenrechtsverteidigerinnen als Opfer, aber auch als Akteurinnen der Veränderung berücksichtigt.

pbi entsandte Anika Becher als ZFD-Friedensfachkraft sowie Alex Klüken und Sabine Günther als Freiwillige ins Team.

Impressum

- ▶ **Herausgeber:** peace brigades international – Deutscher Zweig e.V., Bahrenfelder Straße 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 – 3 89 04 37 – 0 | Fax 040 – 3 89 04 37 – 29
www.pbi-deutschland.de | info@pbi-deutschland.de
- ▶ **V.i.S.d.P.:** Holger Harms

Kontaktformular

- ▶ **Ich möchte mehr Informationen und ...**
 - abonniere den halbjährlichen Rundbrief (bei Spende)
 - abonniere den Newsletter _____
 - möchte Informationsmaterial zu: _____
- ▶ **Ich unterstütze pbi und**
 - spende einmalig _____
 - unterstütze pbi monatlich mit 10€ | 20€ | 30€ | _____
 - Bitte buchen Sie den oben genannten Betrag von meinem Konto.

Kto-Nr: _____
BLZ: _____
Bank: _____
Name: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____
Adresse: _____
Email: _____
Telefon: _____

- ▶ Spendenkonto: GLS Bank
IBAN: DE14430609672020406000
BIC: GENODEM1GLS
- ▶ Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar

Nepal

▶ **Die Menschenrechtssituation in Nepal blieb angespannt, im vergangenen Jahr kam es zu mehreren Vergehen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen.** Auch kann die geplante Wahrheits- und Versöhnungskommission ihrer Arbeit nicht ungehindert nachgehen. Für pbi wurde es zunehmend schwerer, die Schutzbegleitung weiter effektiv auszuführen und das Projekt unter einem legalen Status fortzusetzen. Ende des Jahres beendete pbi deshalb vorerst die Arbeit in Nepal. Die Verbindung zum Land bricht aber mit dem Ende der aktuellen Projektarbeit nicht ab. Der von pbi entwickelte „Nepal Monitor“ wird von einer lokalen Organisation weitergeführt. Nepal Monitor ist ein System, das lokale Organisationen auf Sicherheitsrisiken und Menschenrechtsverletzungen aufmerksam macht und den AktivistInnen ermöglicht, sich untereinander auszutauschen. Auch in 2014 wird pbi mit den lokalen Organisationen zusammenarbeiten und den Nepal Monitor weiter unterstützen.



Indonesien

▶ **2013 haben sich die Planungen für ein neues Projekt in Indonesien konkretisiert.** pbi wird ab 2014 gemeinsam mit der anerkannten Menschenrechtsorganisation Elsam in Jakarta ein Trainingsprogramm für MenschenrechtsaktivistInnen aus der Provinz Papua anbieten. Zusammen mit Elsam wurde im vergangenen Jahr ein mehrmonatiger Kurs entwickelt mit dem Ziel, die AktivistInnen in ihrem Einsatz für die Menschenrechte zu stärken und ihre Sicherheitssituation zu verbessern. Unverändert leiden MenschenrechtsverteidigerInnen in Papua unter Repressionen und Einschüchterungen. Zahllose Verhaftungen bei friedlichen Demonstrationen zeugen davon, dass die Polizei immer wieder versucht, Kundgebungen in ganz Papua zu verhindern. Das gemeinsame Programm in Indonesien ist ein Pilotprojekt für pbi, das vielleicht auch auf andere Länder, in denen die Schutzbegleitung nicht möglich ist, übertragen werden kann.

pbi Deutschland

pbi Deutschland

Aktivitäten pbi Deutschland

▶ **Bei zahlreichen Aktivitäten vertraten Ehren- und Hauptamtliche pbi und konnten die Idee der Gewaltfreiheit und den Einsatz für Menschenrechte weitertragen: bei Vorträgen, Infoständen, Seminaren, Filmvorführungen, Gesprächen mit PolitikerInnen, in der Bildungsarbeit oder bei der Netzwerkarbeit.**

Seit einigen Jahren rückt das Verhältnis von Wirtschaft und Menschenrechten immer mehr in den Fokus. pbi begleitet zunehmend AktivistInnen, die sich für ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sowie den Schutz der natürlichen Ressourcen engagieren und sich gegen Megaprojekte wehren. In Abstimmung mit den Projekten und den anderen Ländergruppen hat pbi Deutschland diese Problematik in Gesprächen mit politischen EntscheidungsträgerInnen und in die Netzwerke eingebracht. Langfristiges Ziel ist, dass die Staaten die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen verbindlich festschreiben, um Betroffenen eine Grundlage zu schaffen, sich gegen Menschenrechtsverletzungen zu wehren.

Finanzen

▶ **Der Jahresabschluss 2013 ist in Arbeit und wird nach Fertigstellung von der Hamburger Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRB kontrolliert.** Es wurden 2013 rund 1,26 Mio. an Mitteln für pbi-Projekte eingeworben und weitergeleitet. Für die Aktivitäten in Deutschland wurden Zuschüsse und Spenden in Höhe von circa 500.000 € eingenommen. Sobald der Jahresabschluss fertig und geprüft ist, werden Sie die Zahlen auf der Website und im Jahresbericht einsehen können.

Ausblick 2014

▶ **Zehn Jahre nach der Verabschiedung der EU-Leitlinien zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen wird dem Einsatz für die Menschenrechte immer mehr Bedeutung beigemessen.** Für die Sicherheit der AktivistInnen muss jedoch noch immer viel getan werden, insbesondere für die jüngsten pbi-Projekte in Honduras, Kenia und Indonesien. pbi wird sich weiter dafür einsetzen, dass die internationalen Schutzinstrumente systematisch umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Helfen Sie uns bitte auch weiterhin, den Schutz von bedrohten MenschenrechtsverteidigerInnen zu erhöhen! Sie können dies tun, indem Sie

- ▶ in einer der Arbeits- oder Regionalgruppen mitarbeiten,
 - ▶ Kontakte zu bekannten Persönlichkeiten oder zu PolitikerInnen vermitteln,
 - ▶ eine Veranstaltung von pbi besuchen oder eine/n ReferentIn zu einem Vortrag einladen,
 - ▶ uns mit einer Spende unterstützen,
 - ▶ bei einem Geburtstag statt Geschenken Spenden sammeln oder Ihre Kirchengemeinde um eine Kollekte für pbi bitten.
- ▶ **Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter www.pbi-deutschland.de**

peace brigades international

Spendenbrief 2014



▶ pbi-deutschland.de

pbi
making space for peace